

# BERLINER RUNDSCHAU

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Erscheinungsweise: einmal im Quartal

”

Es war ein  
Jahr des  
Aufbruchs.“

Kai Wegner  
zu einem Jahr  
Schwarz-Rot

Interview mit  
Spitzenkandidatin  
Hildegard Bentele

Ein Jahr neuer  
Senat: Eine  
Projekt-Übersicht



## Der Wegner-Senat im Spiegel der Presse

**Sein Credo: Versöhnen statt Spalten, die Ärmel hochkrempeln und ran an die Arbeit.**

[https://www.rbb-online.de/doku/die\\_rbb\\_reporter/beitraege/ploetzlich-buergermeister--100-tage-regierungschef-kai-wegner.html](https://www.rbb-online.de/doku/die_rbb_reporter/beitraege/ploetzlich-buergermeister--100-tage-regierungschef-kai-wegner.html)

**Gut gemacht, Herr Wegner! Polizei siegt über Pyro-Straßenkämpfer.**

<https://www.bild.de/regional/berlin/berlin-aktuell/polizei-siegt-ueber-pyro-strassenkaempfer-gut-gemacht-herr-wegner-86598534.bild.html>

**CDU-Chef Kai Wegner zeigt mit der Auswahl seines Teams, dass er die gesellschaftlichen Realitäten in der Metropole verstanden hat.**

<https://www.morgenpost.de/meinung/article238217699/berlin-neuer-senat-wird-weiblich-und-bunt.html>

**Er (Kai Wegner, d.R.) führt seine Senatstruppe unaufgeregt und pragmatisch, drängt sich nicht permanent ins Rampenlicht, lässt seine Senatoren machen und gönnt seiner Vize Franziska Giffey (SPD) weiterhin ihr Kamera-lächeln. Schwarz-Rot agiert bisher als harmonisches Team ohne nervige Streitereien wie bei Rot-Grün-Rot.**

[https://www.berliner-woche.de/mitte/c-politik/senat-regiert-in-den-ersten-100-tagen-unaufgeregt\\_a389494](https://www.berliner-woche.de/mitte/c-politik/senat-regiert-in-den-ersten-100-tagen-unaufgeregt_a389494)

**Der Senat scheint recht harmonisch zu arbeiten, echte Misstöne untereinander waren bisher nicht zu hören. Anders als bei Rot-Grün-Rot. Da wurde, vor allem am Ende, mehr übereinander als miteinander geredet.**

<https://www.berliner-kurier.de/berlin/100-tage-schwarz-rot-kurier-benotet-den-berliner-senat-li.375078>

**Und es läuft ziemlich geräuschlos, anders als zuvor beim Dauer-Zoff von Rot-Grün-Rot.**

<https://www.bz-berlin.de/berlin/100-tage-kai-wegner-check>

**Bemerkenswert in seinem Bilanzinterview, das er der Berliner Morgenpost gegeben hat, ist sein freundlicher, zurückhaltender Ton. Nichts an ihm ist schrill, das unterscheidet ihn von seiner Vorgängerin. Offenbar hat er damit Erfolg.**

<https://taz.de/100-Tage-Schwarz-Rot-in-Berlin!/5948215/>

**Wegner reagiert schneller als die Vorgängerregierung.**

<https://www.deutschlandfunk.de/100-tage-schwarz-roter-senat-in-berlin-wie-sich-kai-wegner-schlaegt-dlf-d17ecb53-100.html>

**Sein Konservatismus erkennt Veränderungsnotwendigkeiten an, ohne Menschen zu belehren.**

[https://www.tagesspiegel.de/meinung/konservative-wende-in-berlin-kai-wegner-baut-lieber-ein-liberales-gegenmodell-zu-friedrich-merz-10256176.html?fbclid=IwAR3SElb5jc\\_i1zASvzI3qiUBz7CLwbrY7\\_\\_32CbKfAV3HkvyWjCnFS338](https://www.tagesspiegel.de/meinung/konservative-wende-in-berlin-kai-wegner-baut-lieber-ein-liberales-gegenmodell-zu-friedrich-merz-10256176.html?fbclid=IwAR3SElb5jc_i1zASvzI3qiUBz7CLwbrY7__32CbKfAV3HkvyWjCnFS338)

## IN DIESER AUSGABE...

### Kai Wegner im Interview

Der CDU-Landesvorsitzende ist nun seit fast einem Jahr Regierender Bürgermeister von Berlin. Was er zu dem ersten Jahr Schwarz-Rot sagt, lesen Sie auf den

**Seiten 4 und 5.**

### Jeden Tag ein Stück besser

So lautet die ganz pragmatische Maxime der neuen Landesregierung. Eine Auswahl an Projekten und Wegmarken des neuen Miteinanders im Senat finden Sie auf den

**Doppelseiten 6 und 7.**

### Europawahl ante portas

Am 9. Juni wählt Europa wieder ein neues Parlament. Was die Spitzenkandidatin der CDU Berlin, die Europaabgeordnete Hildegard Bentele dazu sagt, lesen Sie auf den

**Seiten 10 und 11.**

### Grundsatzprogramm ante portas

Die CDU gibt sich auf dem Bundesparteitag Anfang Mai ihr viertes Grundsatzprogramm. Die letzte Mitgliederkonferenz fand in Berlin statt, mehr dazu auf den **Seiten 12 und 13.**

### Anders als bei Lanz&Co

Schauen Sie bei der CDU Berlin nicht nur zu, sondern seien Sie live dabei und bringen sich ein finden Sie auf der

**Seite 15.**

”

Es bewegt sich etwas.  
Es geht voran.

Liebe Leserinnen  
und Leser,



seit einem Jahr ist der CDU-geführte Senat unter der Leitung unseres Regierenden Bürgermeisters Kai Wegner nun schon im Amt und man kann sagen: Es war ein gutes Jahr für unsere Hauptstadt! „Berlin jeden Tag ein Stückchen besser machen“, das war von Tag eins der Anspruch unseres Regierenden Bürgermeisters. Und an vielen Ecken und Enden unserer Stadt kann man es bereits sehen: Es bewegt sich etwas. Es geht voran.

Berlin ist sicherer geworden. Unter der rot-grün-roten Vorgängerregierung häuften sich die Probleme: Beschädigungen, Gewalt, Drogenhandel. Einen traurigen Höhepunkt bildete der Silvesterabend 2022, an dem Randalierer gezielt Polizei, Feuerwehr und Rettungswagen angriffen. Der CDU-geführte Senat gab der Berliner Polizei etwas, das sie vorher vergeblich suchten: Rückendeckung und Unterstützung. Unsere Polizistinnen und Polizisten können sich darauf verlassen, dass die CDU und der CDU-geführte Senat hinter ihnen stehen. Und so konnte am Silvesterabend 2023 verhindert werden, was ein Jahr vorher geschah. Ein massives Polizeiaufgebot sorgte für Sicherheit auf unseren Straßen. Und der Berliner Senat hat den Bürgerinnen und Bürgern gezeigt, dass er fähig ist, Berlin sicherer zu machen. Auch im Kampf gegen Antisemitismus zeigt Berlin klare Haltung. So hat der Senat alles Notwendige getan, um nach dem furchtbaren terroristischen Angriff der Hamas auf Israel, den Schutz unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in Berlin zu garantieren.

Berlin ist bezahlbar geblieben. Mit der Grundsteuerreform hat der Senat den Grundsteuerhebesatz nahezu

halbiert und eine drastische Erhöhung der Grundsteuer nach dem Scholzschon-Modell verhindert – eine gute Nachricht für Mieter und Eigentümer! Denn als Ergebnis bleibt eine neue Teuerungswelle aus. Auch die Steuern auf Wohngrundstücke bleiben durch die Reform konstant.

Berlin kümmert sich um seine Kinder. Mit der Novellierung des Berliner Schulgesetzes hat der Senat eine der wichtigsten bildungspolitischen Reformprojekte der letzten Jahre auf den Weg gebracht. Kindern mit besonderem sprachlichen Förderbedarf wird dadurch künftig ein verpflichtendes Kitachancenjahr ermöglicht. So starten sie optimal in ihre Schullaufbahn. Niemand, der Unterstützung braucht, soll unterm Radar bleiben. So werden junge Menschen ohne Ausbildung am Ende ihrer Schulzeit im Rahmen eines für sie verpflichtenden 11. Schuljahres weiter gefördert.

„Das Senatsteam arbeitet vertrauensvoll zusammen. Ein Umstand, an dem sich die Ampelregierung auf Bundesebene durchaus ein Beispiel nehmen könnte.“

Der CDU-geführte Senat zeigt: Veränderungen sind möglich – vor allem durch ein gutes Miteinander im Senat. Wurden Streitigkeiten im alten Senat noch mit besonderer Vorliebe in der Öffentlichkeit ausgetragen, werden heute Debatten intern gelöst. Das Senatsteam arbeitet vertrauensvoll zusammen. Ein Umstand, an dem sich die Ampelregierung auf Bundesebene durchaus ein Beispiel nehmen könnte.

Es grüßt Sie herzlich

*Dr. Ottilie Klein*

**Dr. Ottilie Klein**  
Generalsekretärin der CDU Berlin





**Kai Wegner (51) wurde vom Berliner Abgeordnetenhaus am 27. April 2023 zum Regierenden Bürgermeister von Berlin gewählt. Er ist damit, beginnend mit Ernst Reuter, der 16. Regierungschef mit diesem Titel; darunter mit CDU-Parteibuch: Walther Schreiber, Richard von Weizsäcker und Eberhard Diepgen.**

## „Es war ein Jahr des Aufbruchs.“

**Berliner Rundschau (BR):** Fast ein Jahr liegt nun hinter Ihnen als Regierender Bürgermeister. Wie würden Sie die vergangenen Monate zusammenfassen?

**Kai Wegner (KW):** Es war ein Jahr des Aufbruchs. Es liegt viel Arbeit in den ersten Monaten hinter uns, und es liegt noch wesentlich mehr vor uns. Vor allem bin ich aber froh, dass wir bereits in den ersten Monaten viele richtige Entscheidungen getroffen haben, um Berlin besser für die Zukunft aufzustellen. Wir arbeiten jeden Tag hart daran, dass Berlin wieder besser funktioniert. Wie empfinden Sie die Stimmung in der Stadt?

**BR:** Viele Berlinerinnen und Berliner äußerten sich besorgt über ihr Sicherheitsempfinden in der Stadt. Welche Maßnahmen haben Sie ergriffen, um für mehr Sicherheit zu sorgen?

**KW:** Sicherheit ist für mich eines der wichtigsten Politikfelder, weil sie das Fundament einer freien und offenen Stadt wie Berlin ist. Unser erster Schritt bestand deshalb darin, das Vertrauen

zwischen der Politik und der Berliner Polizei wiederherzustellen. Nach Jahren der Distanz und des Misstrauens, die viele Regierungspolitiker der Polizei entgegengebracht haben, erfahren unsere Beamtinnen und Beamten nun endlich die Anerkennung, die sie verdienen. Wir haben auch mit der Novelle des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (ASOG) die Grundlagen dafür geschaffen, dass unsere Polizei besser ausgestattet wird, etwa mit Tasern und Bodycams. Wir machen Berlin damit sicherer.

**„Es macht einen Unterschied, wenn die CDU regiert.“**

**BR:** Wie wirkt sich das schon jetzt aus?

**KW:** Dass es einen Unterschied macht, wenn die CDU regiert, sieht man zum Beispiel an der Silvesternacht 2023/2024, als die Gewaltexzesse fast vollständig ausblieben. Auch wenn man sich die propalästinensischen Demonstrationen in London oder in Frankreich anschaut, sieht man, dass die Polizei in Berlin die Lage sehr viel besser im Griff hatte. Wir verstärken den Kampf gegen die Kriminalität, indem wir beispielsweise einen Zaun um den Görlitzer Park errichten oder auch das

Vermögen von kriminellen Clans abschöpfen. Die Zeit der falsch verstandenen Toleranz ist vorbei.

**BR:** Kommen wir zu einem anderen Thema. Sie sind mit dem Versprechen angetreten, dass Berlin wieder funktioniert. Was haben Sie in Bezug auf die Verwaltungsreform unternommen?

**KW:** Bei der Verwaltungsreform haben wir uns nicht wie in der Vergangenheit darauf beschränkt, Symptome zu bekämpfen, sondern wir haben die Ursachen der Probleme in den Blick genommen. Es ist mir wichtig, nicht nur an kleinen Stellschrauben zu drehen, sondern grundlegende Fehlentwicklungen anzugehen, die über Jahre, wenn nicht sogar über Jahrzehnte entstanden sind. Wir wollen die Zuständigkeiten zwischen Senat und Bezirken klar regeln. Mein Ziel ist, eine starke Stadt, zwölf starke Bezirke. Deshalb haben wir breite Teile der Stadtgesellschaft in den Reformprozess einbezogen. Die Reformvorschläge werden nun gemeinsam von Experten, Praktikern und Vertreterinnen und Vertretern der Gesellschaft erarbeitet. Das nimmt zwar mehr Zeit in Anspruch, es ist aber grundlegend für das Gelingen und den Erfolg der Verwaltungsreform.

**BR:** Wo stehen wir aktuell bei der Verwaltungsreform?

**KW:** Es finden schon seit einigen Wochen unterschiedliche Workshops statt. Darin identifizieren wir partei- und verwaltungsübergreifend die Updates, die Berlin wirklich dringend braucht. Mein Eindruck ist auch, dass allen Beteiligten bewusst ist, dass die Verwaltungsreform wichtiger ist als parteitaktische Manöver. Ich hoffe sehr, dass alle demokratischen Parteien, also eine breite parlamentarische Mehrheit diese Reform mitträgt. Die Reform der Berliner Verwaltung muss ein Erfolg für ganz Berlin werden.

**BR:** Ein anderes wichtiges Thema ist Wohnen. Wie beurteilen Sie die heutige Lage auf dem Wohnungsmarkt?

**KW:** Der Berliner Wohnungsmarkt ist in keinem guten Zustand. Die Leerstandsquote liegt bei nur 0,3 Prozent, das zeigt, dass der Wohnungsmarkt nicht gesund ist. Über Jahre hinweg ist in Berlin einfach zu wenig gebaut worden. Wir brauchen dringend mehr Wohnungsneubau, auch im mittleren Preissegment. Viele Menschen wollen nach Berlin kommen, hier leben, arbeiten oder studieren, doch sie brauchen auch ein Dach über dem Kopf. Unser Ziel sind 20.000 neue Wohnungen pro Jahr, denn so hoch ist der Bedarf.

**BR:** Was haben Sie unternommen?

**KW:** Wir haben schnell gehandelt und die Bauordnung novelliert, um Baugenehmigungen schneller erteilen zu können. Das ist der Vorgängerregierung übrigens nicht gelungen. Mit dem neuen Schneller-Bauen-Gesetz setzen wir einen weiteren wichtigen Schritt, um den Wohnungsbau in Berlin zu beschleunigen. Unter anderem werden wir sicherstellen, dass Natur- und Denkmalschutz nicht mehr dafür missbraucht werden, um Wohnungsbau zu verhindern. Es gibt nun klare Fristen, außerdem werden die Prozesse klar strukturiert.

**BR:** Reden wir über Verkehrspolitik. Die Grünen haben in der Vergangenheit Politik für die Radfahrer und gegen die Autofahrer gemacht. Wird man in Berlin noch weiter Auto fahren dürfen?

**KW:** In der Vergangenheit wurde eine Politik betrieben, die sich allein gegen Autofahrer richtete. Es war aber auch nie wirklich eine Politik für Radfahrer. Wir wollen eine echte Verkehrswende in Berlin: Wir berücksichtigen nun alle Verkehrsteilnehmer gleichwertig, egal ob sie mit dem Fahrrad, Auto, öffentlichen Verkehrsmitteln oder zu Fuß unterwegs sind. Ein Beispiel hierfür ist, dass unter unserer Regierung in den vergangenen Monaten mehr Radwege entstanden sind als zuvor unter der grünen Verkehrsministerin. Wir haben die Friedrichstraße wieder für Autos geöffnet. Wir werden auch auf Hauptstraßen, wo es sinnvoll ist, wieder Tempo 50 statt Tempo 30 einführen. Wir machen keine ideologische Verkehrspolitik, wir verfolgen den Ansatz der Vernunft. In der Verkehrspolitik und in allen anderen Bereichen.

**BR:** Wir danken für das Gespräch und wir wünschen weiterhin viel Erfolg.



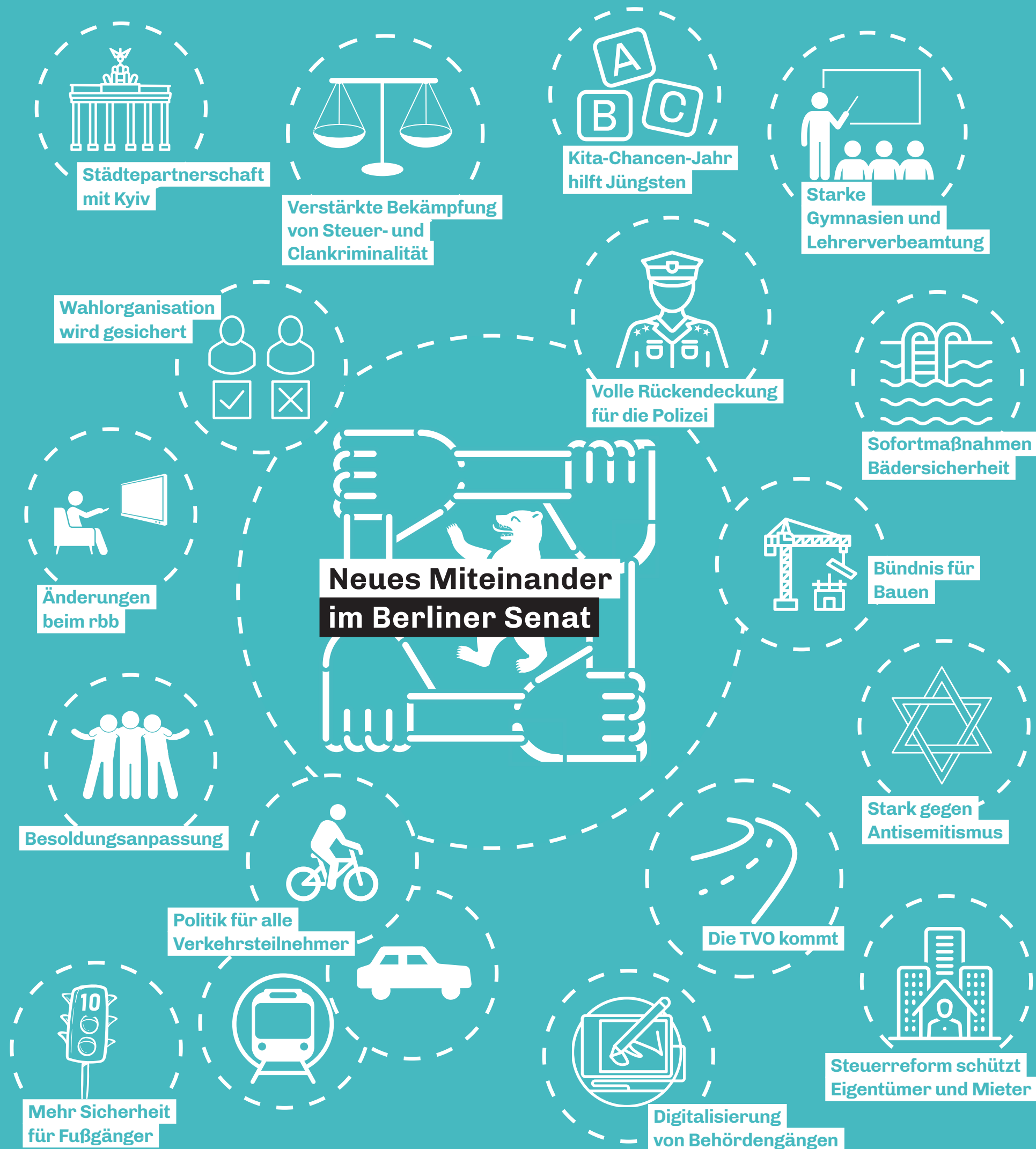


## Jeden Tag ein Stück besser

Berlin jeden Tag ein Stück besser machen – das ist das Ziel des schwarz-roten Senats. Mit Kai Wegner im Roten Rathaus führt die CDU seit einem Jahr einen Senat an, der anpackt, geräuschlos und ganz einfach pragmatisch arbeitet.

Schnell wurde deutlich: Die Zeit des Wegschauens ist in Berlin vorbei. Ein **illegales Protest-Camp** in der Wuhlheide wurde direkt geräumt. Mit Einlasskontrollen, einer Ausweispflicht und Videokameras an den Eingängen wurden sofort **Maßnahmen für mehr Bädersicherheit** getroffen. In der **Silvesternacht** griffen Polizeikräfte hart gegen Silvester-Chaoten durch. Schnell und entschlossen geht die CDU auch gegen **Antisemitismus und Israelhass** vor (z.B. härtere Sanktionsmöglichkeiten für Hochschulen bis zur Exmatrikulation). Mit der **vollen Rückendeckung** des Regierenden Bürgermeisters, **mehr Rechten** und einer **besseren Ausstattung** (z.B. mit Bodycams und Tasern) erhält die Polizei endlich die nötige Unterstützung durch die Politik. Im **Kampf gegen Clankriminalität** dürfen nun auch Ordnungsämter Einnahmen aus illegalen Geschäften einziehen. Das neue **Finanzamt für internationale Steuerangelegenheiten** bekämpft verstärkt Steuerkriminalität von ausländischen Unternehmen.

Versprochen, gemacht – das gilt auch für die neue Verkehrspolitik. Die **Friedrichstraße** wurde wieder für den Autoverkehr geöffnet. **Tempo 50** soll auf Hauptstraßen wieder zur Regel werden. Nach jahrelanger Verzögerung beginnt endlich der **Bau der Tangential Verbindung Ost** (TVO). Für den **Schlängenbader Tunnel** ist die Wiedereröffnung nach umfangreicher Sanierung



geplant. **Schichtdienstler** müssen für das Parken am Arbeitsplatz keine Gebühren mehr zahlen. Der **Ausbau der S- und U-Bahn** wird vorangetrieben: Nach jahrelangem Streit gibt es endlich grünes Licht für den Weiterbau der S21 zwischen Hauptbahnhof und Potsdamer Platz. Beschlossen ist auch die Verlängerung der U3 bis zum Mexikoplatz. Weitere U-Bahn-Projekte (Verlängerung der U7 und U8) werden geprüft. **Querungshilfen** für Fußgänger werden schneller gebaut und **Fußgänger-Ampeln** schrittweise mit Countdown-Anzeigen ausgestattet.

Gute Nachrichten gibt es auch für die Jüngsten: Mit einem **Kita-Chancenjahr** sollen alle Kinder fit für die Schule gemacht werden. Für mehr **Qualität an den Gymnasien** sollen strengere Aufnahmebedingungen, mehr sog. „Schnell-Lerner-Klassen“ und die Abschaffung der MSA-Prüfungen sorgen. Mit einem **11. Pflichtschuljahr** erhalten alle Jugendlichen, die nach Ende der Schulpflicht keine reguläre Berufsausbildung beginnen, weitere schulische Förderung und zusätzliche Berufsorientierung. Die **Lehrerverbeamtung** wird zügig umgesetzt, inklusive eines Nachteilsausgleichs für jene, die nicht verbeamtet werden.

Immer **weniger Behördengänge** sind notwendig: Die Zulassung von Fahrzeugen, die Beantragung einer Meldebescheinigung und die Beantragung des Elterngeldes sind jetzt digital möglich.

Weitere bereits umgesetzte Vorhaben sind etwa: **Senkung des Hebesatzes** (Grundsteuerreform), **Novellierung des rbb-Staatsvertrages** (u.a. Deckelung des Intendantengehalts), **Novellierung der Bauordnung** für einfacheres und schnelleres Bauen, **Besoldungsanpassung im Öffentlichen Dienst** an das Bundesniveau. Kurzum: Einfach mal besser machen – so wie der Wegner-Senat.



# Große Aufgaben für den Senat



„Ich will, dass die Verwaltung funktioniert“, das hat sich der Regierende Bürgermeister Kai Wegner für seine Amtszeit vorgenommen. Was banal klingen mag, entpuppt sich bei näherer Betrachtung als ein Mammutprojekt für den schwarz-roten Senat. Denn bekannt sind die Probleme bereits seit langem: Ungeklärte Zuständigkeiten zwischen Senat und Bezirken führen dazu, dass viele Aufgaben doppelt erledigt werden – oder auch gar nicht. Selbst einfache Behördenleistungen verlangen den Bürgern viel Zeit und meist noch mehr Nervenkraft ab. Geredet wurde in den vergangenen Jahren viel, ohne wirklich voranzukommen. Mit der CDU im Roten Rathaus wird jetzt gemacht.

Unmittelbar nach seinem Amtsantritt hatte Kai Wegner die Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung zur Chefsache erklärt. Das „Behörden-Ping-Pong“ soll endlich beendet und die Verwaltungen digitaler und bürgernäher werden. Im Fokus dabei: eine umfassende Verwaltungsreform, um klare Strukturen und Verantwortlichkeiten für den Senat und für die Bezirke zu schaffen. Da viele Probleme der Berliner Verwaltung bereits in der Landesverfassung angelegt sind und nur in einem breiten Schulterschluss der Parteien geändert werden können, setzt der Senat bei der geplanten Reform nicht nur auf die Zusammenarbeit mit den Bezirken, sondern auch mit der Opposition. „Beim Thema Verwaltungsreform geht es nicht ums Parteibuch, da gibt es auch keine ideologischen Entscheidungen zu treffen. Da geht es darum, funktioniert es oder funktioniert es nicht“, betont der Regierende Bürgermeister pragmatisch. Ziel seien eine stärkere gesamtstädtische Steuerung und starke Bezirke, so Wegner. Dafür hat der Senat bereits eine Agenda beschlossen, die zuvor mit den Bezirken abgestimmt und mit den Bezirksbürgermeistern besprochen wurde.

Im Rahmen eines Beteiligungsprozesses soll diese in den kommenden Wochen und Monaten nun mit Fachexpertise, der Wirtschaft und der Stadtgesellschaft in Einklang gebracht werden.

Ganz oben auf der Agenda des Regierenden Bürgermeisters steht außerdem der Wohnungsbau. Denn für die Menschen in der Stadt wird es seit Jahren immer schwerer, ein passendes und bezahlbares Zuhause zu finden. Viele Probleme sind dabei hausgemacht: Beim Neubau stand der Vorgängersenat auf der Bremse, es wurde zu wenig Bauland bereitgestellt, Bauprojekte wurden immer wieder durch Bürokratie ausgebremst.

Das soll sich nun ändern. Mit dem „Schneller-Bauen-Gesetz“ will der schwarz-rote Senat den Wohnungsbau in Berlin beschleunigen. Ziel sind zügigere Planungs-, Genehmigungs- und Bauprozesse sowie allgemein bessere Rahmenbedingungen für das Bauen. Dabei geht es etwa um klarere Zuständigkeiten zwischen Land und Bezirken, einheitliche Standards für die Verfahren und verkürzte Fristen. Geplant sind außerdem sog. „Bauantragskonferenzen“ für größere Bauvorhaben, bei denen sich alle Beteiligten frühzeitig an einen Tisch setzen sollen, um die Umsetzung zu planen und mögliche Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Fachexperten äußerten sich bereits lobend zu diesen Plänen: „Das Schneller-Bauen-Gesetz ist essenziell, um den Neubau in Berlin voranzubringen“, erklärte unter anderem die Vorständin des Verbands Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) Maren Kern. Die Eckpunkte enthielten viele sinnvolle Weichenstellungen für ein beschleunigtes, vereinfachtes Bauen.

Auch beim Thema Görlitzer Park werden jetzt Nägel mit Köpfen gemacht: Bereits kurz nach seinem Regierungsantritt initiierte der Regierende Bürgermeister Kai Wegner einen Sicherheitsgipfel, auf dem ein umfangreiches Maßnahmenpaket aus Prävention und Repression beschlossen wurde.

Mit einem Zaun soll es außerdem künftig möglich werden, den Park nachts zu schließen. Dazu sollen die Umgebungsmauer ausgebaut und Eingangstore errichtet werden. „Wir wollen dafür sorgen, dass der Görlitzer Park befriedet wird, dass es ein Park für alle ist, für Familien mit Kindern und auch für ältere Menschen“, so Wegner. Da der „grün“-geführte Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg das Vorhaben ablehnt, zog nun die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt das Verfahren an sich. Berlins Regierender bleibt dabei: „Dieser Zaun wird kommen!“ Der Senat werde jetzt handeln. Nach einem Jahr solle es dann eine Bewertung der Maßnahme geben.

CDU-Fraktionschef Stettner:

## Ein Jahr Neustart für Berlin



Ein Jahr Neustart für Berlin. Natürlich konnten noch nicht alle Probleme gelöst werden, aber die Berliner CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus unter Führung des Vorsitzenden Dirk Stettner arbeitet hart daran. Das ist in einer Koalition schwerer als mit alleiniger Entscheidungsmacht. Dennoch setzt die CDU-Fraktion alles daran, die Stadt möglichst schnell und funktional voranzubringen.

Viele Grundsteine dafür konnten bereits gelegt werden, auf denen die restliche Legislatur pragmatisch aufgebaut werden kann. Doch es stimmt leider: Das Finanzchaos der rot-grün-roten Vorgängerregierung hinterlässt tiefe Spuren. Ein Trümmerfeld von struktureller Verschuldung, Verkrustung und Verantwortungslosigkeit. Dieses Trümmerfeld muss nun abgeräumt werden, sodass darauf ein stabiles Fundament für Leuchttürme entstehen kann – ja, das klingt heute noch etwas unglaublich, aber nichts weniger darf das Ziel sein.

Schon heute gibt es unter CDU-Verantwortung erhebliche Unterschiede zu verzeichnen. Etwa mit Blick auf die Ausstattung und Unterstützung der Sicherheitskräfte, eine Grundsäule unserer Stadt. Das Allgemeine Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (kurz ASOG oder auch Polizeigesetz) wird nun geändert. Jetzt sieht es endlich den Einsatz von State-of-the-Art Sicherheitstechnik vor. Mit Bodycams, Taser und Dashcams wird den Helden unserer Stadt der Rücken gestärkt. Zuvor undenkbar.

Ebenfalls undenkbar unter grüner Fachverwaltung: Eine kluge, an der Realität der Berlinerinnen und

Berliner orientierte Verkehrspolitik, ohne Ideologie. Insofern macht es nur Sinn, dass sich die zulässige Höchstgeschwindigkeit in der Stadt im Rahmen der Straßenverkehrsordnung an den örtlichen Gegebenheiten orientieren sollte. So macht sich die CDU-Fraktion für Tempo 50 auf Hauptstraßen stark, Tempo 30 auf Nebenstraßen und überall dort, wo es sinnvoll ist. Dazu überall den besten Verkehrsträger, um Mobilität für alle sicherzustellen.

Ein weiteres Mammutprojekt ist die dringend notwendige Reform der Berliner Verwaltung. Schritt für Schritt geht es voran. Immer mehr Bürgerdienstleistungen sind mittlerweile digital verfügbar. Wie beispielsweise bereits seit 2018 Fahrzeuge online an- und abgemeldet werden können, sind lange Wartezeiten für Termine im Bürgeramt nun auch für Meldebescheinigungen passé. Die digitale An- und Ummeldung des Wohnsitzes wird bald ebenfalls möglich sein.

Das neue Schulgesetz lässt Berliner Schulen wieder zurückkehren zum Prinzip Fördern & Fordern. Unsere Kinder sind nicht dümmer als andere – wurden nur beschränkt durch ideologische, falsche Bildungspolitik.

Dies alles sind positive und spürbare Veränderungen und Erleichterungen. Weiterhin gibt es viel zu tun. Mit eine der schwersten und wichtigsten Aufgaben sieht Dirk Stettner rund um die dramatischen Ereignisse des barbarischen Angriffs der Terrorbande Hamas auf Israel am 7. Oktober und die Vorkommnisse, die sich infolgedessen auch in Berlin zutragen. Die CDU-Fraktion ist Freund und Verbündeter der Berliner Juden und Jüdinnen, steht fest an ihrer Seite.

Auch der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine geht mit ungeminderter Brutalität weiter. Viele Ukrainerinnen suchen Schutz in Berlin.

Die rot-grün-gelbe Ampelregierung tut nichts gegen die unregulierte Einwanderung in unser Land und wir können in Berlin nur mit den Konsequenzen bestmöglich umgehen. Tausende Flüchtlinge kommen nach Berlin und müssen untergebracht werden. Und das während viele Berlinerinnen und Berliner selbst keine neue Wohnung finden. Das alles belastet den sozialen Frieden der Stadt.

Oberstes Gebot ist es, den Zusammenhalt innerhalb der Stadt nicht kaputt machen zu lassen. Nicht gegeneinander, sondern miteinander werden Probleme gelöst. Das treibt die gesamte CDU-Fraktion jeden Tag an. Berlin ist lebens- und liebenswert und gemeinsam muss dafür gesorgt werden, dass das auch so bleibt.





Hildegard Bentele (47) ist zum zweiten Mal Spitzenkandidatin der CDU Berlin für die Europawahl. Die Mutter zweier Kinder war vor ihrer Zeit im EU-Parlament Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. Die Diplom-Politologin arbeitete zuvor u.a. als Beamtin für das Auswärtige Amt in Zagreb und Teheran.

# Mit Sicherheit für Europa. Was heißt das?

**Berliner Rundschau (BR):** Frau Bentele, in Ihrer ersten Legislaturperiode im Europaparlament, was hat da am meisten Eindruck auf Sie hinterlassen?

**Hildegard Bentele (HB):** Diese Legislaturperiode war durch den Brexit, durch die Corona-Pandemie, alarmierende Entwicklungen beim Klimawandel und den Kriegsausbruch in der Ukraine und damit einhergehend eine Umstellung unserer Energiebezugsquellen gekennzeichnet, das waren schon außergewöhnliche Herausforderungen. Dass es in diesen schwierigen Zeiten dennoch möglich war, durchgehend mit Kolleginnen und Kollegen aus 27 Ländern durchgehend, konzentriert und sogar schnell zu arbeiten, das war schon eine wirklich gute Erfahrung.

Ich freue mich als Berichterstatterin meiner Frak-

„Eine Demokratie lebt von Demokraten, die wählen gehen.“

tion zur sichereren Rohstoffversorgung der EU beigetragen, das Thema Wasserstoff mit aus der Nische geholt und die Kreislaufwirtschaft zum Leitprinzip gemacht zu haben. Dem Klima hilft es außerdem, dass wir den Emissionshandel vorangebracht haben. Ich freue mich außerdem, dass mein Drängen erhört wurde, endlich auch die geo- und wirtschaftspolitischen Interessen der EU in der Entwicklungspolitik zu berücksichtigen.

Als Europaabgeordnete ist es mir insgesamt sehr wichtig, immer den Kontakt zum Wahlkreis – bei mir eben ganz Berlin - zu halten, mit Organisation und Engagement schafft man das trotz der objektiv vielen Verpflichtungen in Brüssel und Straßburg. Außerdem gebe ich mir viel Mühe Parlamentsentscheidungen zu erklären und transparent zu machen, zu beidem gibt es gutes Feedback, über das ich mich freue.

**BR:** Das Europaprogramm der CDU/CSU trägt den Titel „Mit Sicherheit Europa - Für ein Europa, das schützt und nützt“. Was heißt das heute schon für Berlin?

**HB:** Die EU „nützt“ dadurch, dass sie einen Markt mit 450 Millionen Menschen umfasst und einheitlich regelt, in dem sich Unternehmen, Personen und Dienstleistungen frei bewegen können. Das allein bringt Deutschland und Berlin einen großen Wohlstandsgewinn. Hinzu kommt natürlich die Reise- und Niederlassungsfreiheit oder der Euro. Gerade für Berlin als internationaler, tourismusfokussierter Metropole mit Wissenschafts- und Forschungszentren ist das enorm wichtig. Die EU nützt auch im Alltag der Menschen in Berlin durch die zahlreichen EU finanzierten Projekte in den Bezirken und Kiezen.

Die EU schützt insbesondere da, wo die Bedrohungen grenzüberschreitend sind, so wirkt bspw. der europäische Haftbefehl oder europäische Hilfe beim Katastrophenschutz effektiv. Auch Maßnahmen zum Klima- oder Impfschutz, die die EU ergreift, machen nur europäisch oder international wirklich Sinn.



**BR:** Was steht für Sie auf Ihrer Agenda in einer weiteren Legislaturperiode?

**HB:** Zunächst bin ich sehr froh, dass wir als CDU in Berlin nun die Regierung und den Europastaatssekretär stellen, der hochrangig beim Regierenden Bürgermeister angesiedelt ist. Ich hoffe, dass wir hier gemeinsam noch mehr Gestaltungs- und Durchsetzungskraft in Brüssel entfalten und auch den Berlinern Europa noch besser nahebringen können. Wir könnten Berlin bspw. beim Wohnungsbau



und beim Ausbau und Wandel der Verkehrs- und Energieinfrastruktur durch entsprechend angepasste Vorgaben und Unterstützung aus Brüssel noch besser helfen. Und auch auf die Interessen der vielen Kleinunternehmen, Selbständigen und Kreativen, der Start-Ups, Pioniere, Wissenschaftler und Forscher sollten wir weiter achten. Ich persönlich würde gerne meine erfolgreiche Arbeit im Industrie- und Umweltausschuss fortsetzen und weiter den Blick auf die Zukunft der EU und die Rolle der EU in der Welt behalten.

**BR:** Warum ist es wichtig, am 9. Juni zur Europawahl zu gehen und CDU zu wählen?

**HB:** Das Europäische Parlament ist die einzige europäische Institution, in der direkt gewählte Vertreter sitzen. In einer echten Demokratie zu leben ist keine Selbstverständlichkeit und eine Demokratie lebt von Demokraten, die wählen gehen. Gerade in Zeiten, in der in manchen Ländern die Demokratie nur noch zum Schein besteht und in denen unsere Demokratie von außen und innen bedroht ist, ist das wichtig.

Wir, derzeit 29 Abgeordnete der CDU/CSU-Gruppe, sind in der Fraktion der EVP (Europäische Volkspartei) wichtig und einflussreich. Und dort, wo es nicht sinnvoll ist, zeigen wir den Technokraten die rote Karte. Uns ist wichtig, dass wir die EU im Bereich der Verteidigung deutlich stärken, dass unsere Wirtschaft wettbewerbsfähig bleibt, wir den Klimawandel bekämpfen, dass wir die Migration kontrollieren und unsere europäischen Werte wie Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und soziale Marktwirtschaft respektiert werden.

**BR:** Frau Bentele, wir danken für das Gespräch.





78, 94, 07 und 24 – was anmutet wie der Zahlenreim eines bekannten Liedes zur Fußballweltmeisterschaft sind die Jahreszahlen, in denen die CDU Deutschlands ein Grundsatzprogramm beschlossen hat - und in diesem Jahr noch beschließen wird.

Das, was auf dem Bundesparteitag im Mai in Berlin zum Beschluss vorgelegt wird, wurde nun auf der letzten von sechs Konferenzen mit CDU-Mitgliedern aus der Region und ebenfalls in der Hauptstadt engagiert diskutiert.



Vor den knapp 1000 Parteimitgliedern stellte der CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann fest: „Wir nehmen die Menschen wie sie sind. Unsere Wurzeln sind christlich-sozial, liberal und konservativ. Und dazu dürfen wir selbstbewusst stehen.“ Die Leute sollen wieder Lust haben auf Zukunft. Sie sollen ihr Leben wieder selbstbewusst in die Hand nehmen, sagt er. „Wir dürfen nicht nach rechts schauen, nicht nach links. Nur nach vorne.“

Carsten Linnemann weiter: „Wir müssen zeigen, was wir besser machen wollen. Wir müssen zeigen, wie wir es machen wollen“, sagt er und fügt gleich hinzu: „Wir wollen zeigen, dass wir nicht alles mit Geld zuschütten können.“ Die Gesellschaft muss wieder „ganz normal“ funktionieren. „Wir müssen auch dafür sorgen, dass die Gesellschaft Leistung wieder honoriert“, sagt er. Damit das funktioniert, „müssen wir uns um die Kernthemen kümmern.“ Geld. Wohlstand, Sicherheit. Das tägliche Leben der normalen Leute. „Es dürfen nicht Bedenkenträger das Wort führen. Wir brauchen in Deutschland auch wieder eine Kultur des Machens.“

Nach einer Diskussionsrunde, an der die beiden

Vorsitzenden der zentralen Landesverbände, Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner und der brandenburgische Fraktionsvorsitzende Jan Redmann, teilnahmen sowie einer weiteren, u.a. mit der Generalsekretärin der CDU Berlin, Otilie Klein, und dem Berliner Kultursenator, Joe Chialo, sprach der Bundesvorsitzende der CDU Deutschlands Friedrich Merz.

Er begann selbstkritisch. Die CDU musste sich auf den Weg machen, „weil wir nicht mehr gut genug waren“. CDU und CSU mussten wieder Opposition lernen. „Hinsetzen, Ideen aufschreiben, die Regierung kritisieren. Aber auch, zu sagen, was man besser machen kann und will.“ Jetzt kann die CDU wieder Wahlen gewinnen. Jetzt geht man in den letzten Teil dieser Erneuerung. Mit dem Parteitag Anfang Mai. „Dann kann die Bundestagswahl kommen. Wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen. Je früher, desto besser für Deutschland!“

Berlin ist das Symbol für Einheit und Freiheit, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, stellt Merz fest. So hatte es Wolfgang Schäuble beschrieben. Er war

## Grundsätzlich CDU

**Für eine christdemokratische Politik,** die den Menschen etwas zutraut und sie so nimmt, wie sie sind.

**Für eine Wirtschaft, die Wohlstand schafft:** mit den richtigen Entlastungen und Unterstützungen, weniger Regulierung und mehr Zukunftsinvestitionen. Wer arbeiten kann, soll arbeiten. Leistung muss sich lohnen.

**Für eine Gesellschaft, die zusammenhält:** mit dem Bekenntnis zur deutschen Leitkultur als unverzichtbare Voraussetzung.

**Für Humanität und Ordnung in der Asyl- und Flüchtlingspolitik:** mit einem verbesserten Schutz der EU-Außengrenzen und Asylverfahren außerhalb der EU.

**Für Sicherheit und Freiheit:** mit gut ausgestatteten Sicherheitskräften, einer kampffähigen Bundeswehr und einem Verteidigungsetat von mind. 2% des BIP.

Ehrenbürger dieser Stadt. „Diese Freiheit müssen wir heute verteidigen“, sagt Merz. Der Überfall Russlands, der Terrorangriff der Hamas sind symbolische Daten. „Sie stehen für Ereignisse, die wir in den letzten 30 Jahren nicht mehr für möglich gehalten hätten.“

Die CDU hatte in fast 80 Jahren ihrer Geschichte die wegweisenden Entscheidungen für Deutschland getroffen – von Westbindung und sozialer Marktwirtschaft bis zur Nachrüstung und dem Nato-Doppelbeschluss. „Ohne die CDU wäre die Geschichte unseres Landes – und unseres Kontinents – anders verlaufen.“







## „Akzeptanz des Sozialstaates in Gefahr“

Die CDU will zurück zum Prinzip Fördern und Fordern und hat dafür ihr Konzept „Neue Grundsicherung“ vorgestellt. Das von der Ampel eingeführte Bürgergeld soll dadurch ersetzt werden. Zentraler Gedanke des neuen Konzepts: Die Hilfe wird auf diejenigen konzentriert, die wirklich Hilfe benötigen. Das bedeutet zugleich, dass diejenigen, die arbeiten können, auch arbeiten gehen müssen. Ansonsten entfallen Sozialleistungen.

„Jeder in unserem Land soll sich darauf verlassen können, dass ihm in einer wirtschaftlich schwierigen Lage geholfen wird“, betont der CDU-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Berliner Landesgruppe Jan-Marco Luczak. Wenn aber hunderttausende Menschen Transferleistungen beziehen, obwohl sie arbeiten können, drohe die gesellschaftliche Akzeptanz für den Sozialstaat zu erodieren. „Für mich ist es ein Gebot

der Fairness mit Blick auf die vielen Menschen, die mit ihren Steuern und Abgaben unseren Sozialstaat überhaupt erst möglich machen, dass Solidarität keine Einbahnstraße ist“, so Luczak. Der Rechtsexperte betont, dass eine konsequente Sanktionierung von sogenannten „Totalverweigerern“ verfassungsrechtlich zulässig sei. Wer zumutbare Arbeit nicht annimmt, obwohl sie oder er arbeiten kann, sei offensichtlich nicht bedürftig.

Auf der anderen Seite soll die Neue Grundsicherung die Vermittlung in Arbeit stärken. Luczak begrüßt das: „Arbeit ist nicht nur die beste Sozialpolitik und sorgt für Integration, sondern eine sinnstiftende Tätigkeit hat auch etwas mit menschlicher Würde zu tun.“ Die Menschen in Arbeit zu vermitteln sei daher nicht nur mit Blick auf die angespannte Haushaltslage wichtig und notwendig, sondern bringe auch einen erheblichen gesellschaftlichen Mehrwert.

Die Neue Grundsicherung wurde vom Bundesvorstand der CDU einstimmig beschlossen. Sie ist der Gegenentwurf zum von der Ampel eingeführten Bürgergeld, das das in der Vergangenheit sehr erfolgreiche Prinzip des Förderns und Forderns aufgegeben hatte.

## Dr. Jan-Marco Luczak übernimmt Landesgruppenvorsitz

Die Berliner CDU-Bundestagsabgeordneten haben Jan-Marco Luczak im Februar einstimmig zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Der 48-jährige Rechtsanwalt ist seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages und vertritt dort den Wahl-

kreis Tempelhof-Schöneberg. Luczak ist Mitglied des Fraktionsvorstandes der CDU/CSU - in der letzten Legislaturperiode war er rechtspolitischer Sprecher der Fraktion, seit der Bundestagswahl 2021 ist er Sprecher für Bauen und Wohnen.

**IMPRESSUM** CDU-Landesverband Berlin, Steifensandstraße 8, 14057 Berlin, Tel.: 030 - 32 69 04 -0, cduberlin@cdu.berlin;  
REDAKTIONSLEITUNG: Dr. Ottilie Klein; CHEFREDAKTEUR: Dirk Reitze;  
REDAKTION: Janine Remme, Oliver Cywinski;  
SATZ/BILD: André Laurman-Urbanski; Druckerei: Vettors

BILDNACHWEIS von oben links nach unten rechts: Seite 1: Carol Neukirch; Seite 3: Annette Koroll; Seite 4 Carol Neukirch; Seite 5

Tobias Koch; Seite 8: Kai Wegner; Seite 9: Tobias Koch; Seite 10: European Union; Seite 11: Hildegard Bentele; Seite 12: Tobias Koch; Seite 13: Tobias Koch; Seite 14: Büro Dr. Jan-Marco Luczak; Seite 15: CDU Berlin Seite 16: CDU Berlin

Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Erscheinungsweise: erscheint einmal im Quartal.



## Bei Lanz & Co schauen Sie nur zu.

Bei uns sind Sie dabei. Kennen Sie das Gefühl? Sie schauen eine Talkshow im Fernsehen, Ihnen brennt eine Frage an den Gast unter den Nägeln und Sie können Sie nicht stellen? Das kann Ihnen bei den Veranstaltungen der CDU Berlin nicht passieren. Fragen an die prominenten Gäste sind bei den Treffen und Veranstaltungen nicht nur möglich, sondern auch erwünscht. Die Mitglieder der CDU Berlin kennen das.



Insbesondere die Veranstaltungsreihe „Senatoren im Gespräch“ fand im letzten Jahr großen Zuspruch. Die Berliner Christdemokraten hatten im Rahmen der Treffen die Möglichkeit, mit den Senatoren der CDU aber auch denen der SPD, ins Gespräch zu kommen. Dabei waren die Fragen der Mitglieder so zahlreich, dass die Veranstaltungen zeitlich regelmäßig überzogen wurden. Ein weiterer Gast, den man sonst eher aus dem Fernsehen kennt, war der ukrainische Botschafter Oleksij Makejew, der anlässlich des zweiten Jahrestages des Überfalls Russlands auf die Ukraine sich den Mitgliedern der CDU zur Diskussion stellte.

Die Generalsekretärin der CDU Berlin, Ottilie Klein, sowie der europapolitische Sprecher im Abgeordnetenhaus, Tom Cywinski, tauschten sich mit dem Botschafter über die Lage in der Ukraine aus. Im Anschluss waren die CDU-Mitglieder an der Reihe, Fragen zu stellen und Meinungen zu äußern.

Organisiert werden die Veranstaltungen oftmals von den Fachforen der CDU Berlin. Die zahlreichen Foren spiegeln die unterschiedlichen politischen Fachgebiete. Wenn Sie auch regelmäßig über die anstehenden Veranstaltungen informiert werden wollen, melden Sie sich auf der Homepage der CDU Berlin bei den Sie interessierenden Fachforen an. Bei anstehenden Veranstaltungen erhalten Sie dann per Mail eine Einladung. Ansonsten empfehlen wir die regelmäßige Lektüre des Newsletters der CDU Berlin. Am Ende des Newsletters finden Sie die aktuellen Veranstaltungshinweise. Bis bald auf einer der zahlreichen Veranstaltungen der CDU Berlin.





# Stark in Berlin. Stark für Europa.

Unter diesem Motto stand der 18. Kleine Landesparteitag der CDU Berlin. Denn nicht nur Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und der Terror der Hamas fordern Europa heraus. Weitere Problemstellungen wie die irreguläre Migration, Chinas ökonomisches Machtstreben, innenpolitische Entwicklungen in den USA und der Klimawandel kommen hinzu. „In diesen schwierigen Zeiten brauchen wir ein starkes Europa“, erklärte der Regierende Bürgermeister von Berlin und CDU-Landesvorsitzende Kai Wegner in seiner Rede auf dem Landesparteitag. „Wir brauchen ein starkes Europa nach außen, das im weltweiten Wettbewerb besteht, seine Grenzen schützt und für seine Sicherheit selbst eintreten kann.“ Dafür brauche es vor allem eine starke CDU, betonte Wegner mit Blick auf die Europawahlen im Juni.

Auf dem Parteitag beschlossen die Christdemokraten außerdem einstimmig eine Antisemitismus-Resolution mit einer Vielzahl an Maßnahmen, um jüdisches Leben in Berlin und Deutschland zu schützen. Nach den Angriffen der Hamas auf Israel waren der Antisemitismus und Israelhass auch in Berlin deutlich angestiegen: Gewalttätige Demonstrationen, beschädigte Synagogen, Angriffe auf Juden und Israel-Unterstützer. In Berlin hatte der CDU-geführte Senat deshalb schnell und entschlossen Schritte unternommen, um diesen Hass einzudämmen. „Die CDU steht uneingeschränkt an der Seite Israels“, stellte Kai Wegner klar. Das Existenzrecht Israels sei für die Union nicht verhandelbar. Die CDU fordert deshalb, das Leugnen des Existenzrechts und

CDU Landesverband Berlin, Steifensandstr. 8, 14057 Berlin

den Aufruf zur Beseitigung des Staates Israels unter Strafe zu stellen. Außerdem sollen die Instrumente des Aufenthalts-, Asyl- und Staatsangehörigkeitsrechts konsequenter als bisher genutzt werden: Jede Straftat, die aus antisemitischem Hass verübt wird, sollte zum Entzug des Bleiberechts führen und Antisemiten gar nicht erst die deutsche Staatsbürgerschaft verliehen werden. Mit einer rechtssicheren Antisemitismusklausel will die CDU außerdem verhindern, dass Antisemiten Geld vom Steuerzahler bekommen. „Nie wieder ist jetzt - das gilt nicht nur für heute, sondern auch für die Zukunft“, so der Regierende Bürgermeister. Großen Zuspruch und Dank erhielten die Christdemokraten vom israelischen Botschafter Ron Prosor, der als Ehrengast eingeladen war: „Sie zeigen seit dem 7. Oktober, dass Sie auf der richtigen Seite stehen.“

